



Informationsvorlage IV 310/2021 (VSA)

Zwischenbericht über den Haushaltsvollzug 2021

Beratungsfolge	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Verwaltungs- und Sozialausschuss – Kenntnisnahme –	04.10.2021	öffentlich

Finanzielle Auswirkungen:



Keine



Ja

Fachamt: Finanzverwaltung und Schulen

Zum TOP eingeladen: Maike Haug, Leiterin Finanzverwaltung und Schulen

Sachverhalt:

Im Rahmen der Überwachung und Steuerung des Haushaltsvollzugs 2021 informiert die Verwaltung mit dem folgenden Zwischenbericht über die voraussichtliche Entwicklung der einzelnen Budgets (Teilhaushalte einschl. Unterbudgets) bis zum Ende des Haushaltsjahres.

Die Prognose erfolgt auf der Basis der Daten der Ergebnisrechnung zum Stichtag 30.06.2021.

1. Jahresabschluss 2020

Das Jahr 2020 schließt mit einem positiven ordentlichen Ergebnis in Höhe von 1.139.010,17 € ab und ist somit gut 2,7 Mio. € besser, als es im Haushaltsplan veranschlagt war. Das Sonderergebnis beträgt + 178.998,66 €.

Im Übrigen wird auf die Beschlussvorlage zur Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Landkreises Freudenstadt verwiesen.

2. Haushaltsvollzug 2021

Die Haushaltssatzung 2021 mit den Festsetzungen für den Haushaltsplan mit Stellenplan und Finanzplanung wurde vom Kreistag am 14.12.2020 beschlossen. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung mit Erlass vom 12.03.2021 bestätigt.

Mit Blick auf den Gesamthaushalt ist eine Verschlechterung gegenüber dem Plan um rund 2,4 Mio. Euro zu erwarten.

TH	Bezeichnung	Plan	Prognose	Abweichung
TH1	Dezernat I	- 11.632.538 €	- 11.509.458 €	123.080 €
TH2	Dezernat II	- 61.726.857 €	- 65.202.057 €	- 3.475.200 €
TH3	Dezernat III	- 18.309.192 €	- 18.919.292 €	- 610.100 €
TH4	Stabsstellen 1 und 2	- 1.801.232 €	- 1.693.632 €	107.600 €
TH5	Allgemeine Finanzwirtschaft	94.133.785 €	95.599.085 €	1.465.300 €
	Gesamtergebnis	663.968 €	- 1.720.352 €	- 2.389.320 €

Die Prognoseergebnisse der einzelnen Teilhaushalte bzw. Unterbudgets (Ämter und Stabsstellen) sind nachfolgend dargestellt:

TH	Unterbudget	Plan	Prognose	Abweichung
TH1	Amt 10 – Haupt- und Personalverwaltung	- 366.810 €	- 206.810 €	160.000 €
	Amt 11 – Finanzverwaltung und Schulen	- 10.349.772 €	- 10.221.692 €	128.080 €
	Amt 12 – Immobilienmanagement	- 442.753 €	- 325.753 €	117.000 €
	Amt 13 – Kreisvolkshochschule	- 473.203 €	- 755.203 €	- 282.000 €
	Nettoressourcenbedarf	- 11.632.538 €	- 11.509.458 €	123.080 €

TH	Unterbudget	Plan	Prognose	Abweichung
TH2	Amt 20 – Jugendamt	- 21.364.722 €	- 22.994.922 €	- 1.630.200 €
	Amt 21 – Sozialamt	- 35.203.973 €	- 36.799.973 €	- 1.596.000 €
	Amt 22 – Gesundheitsamt	- 973.068 €	- 1.172.168 €	- 199.100 €
	Amt 23 – Amt für Migration und Flüchtlinge	- 4.185.094 €	- 4.234.994 €	- 49.900 €
	Nettoressourcenbedarf	- 61.726.857 €	- 65.202.057 €	- 3.475.200 €

TH	Unterbudget	Plan	Prognose	Abweichung
TH3	Amt 30 – Amt für Bau, Umwelt u. Wasserw.	- 4.773.596 €	- 4.660.296 €	113.300 €
	Amt 31 – Kreisforstamt	- 1.570.162 €	- 1.626.162 €	- 56.000 €
	Amt 32 – Landwirtschaftsamt	- 1.742.601 €	- 1.712.101 €	30.500 €
	Amt 33 – Amt für Ordnung und Verkehr	- 2.986.817 €	- 3.370.317 €	- 383.500 €
	Amt 34 – Veterinär-/Verbraucherschutzamt	- 1.095.519 €	- 1.077.019 €	18.500 €
	Amt 35 – Amt für Verm. u. Flurneuordnung	- 2.308.625 €	- 2.294.525 €	14.100 €
	Amt 36 – Straßenbauamt	- 3.831.872 €	- 4.178.872 €	- 347.000 €
	Nettoressourcenbedarf	- 18.309.192 €	- 18.919.292 €	- 610.100 €

TH	Unterbudget	Plan	Prognose	Abweichung
TH4	S. 1 – Kommunikation und Kreisentwicklung	- 1.165.144 €	- 1.067.544 €	97.600 €
	S. 2 – Kommunal-/Rechnungsprüfungsamt	- 636.088 €	- 626.088 €	10.000 €
	Nettoressourcenbedarf	- 1.801.232 €	- 1.693.632 €	107.600 €

TH	Bezeichnung	Plan	Prognose	Abweichung
TH5	Allgemeine Finanzwirtschaft	94.133.785 €	95.599.085 €	1.465.300 €
	Nettoressourcenüberschuss	94.133.785 €	95.599.085 €	1.465.300 €

Erläuterungen zu wesentlichen Abweichungen:**Teilhaushalt 1: Dezernat I – Zentrale Verwaltung, Finanzen und Bildung****Kreisvolkshochschule:**

Aufgrund der Pandemie verläuft auch das Jahr 2021 weniger erfolgreich als geplant - insbesondere im Hinblick auf die Unterrichtsleistung und die Zahl der Teilnehmenden.

Die coronabedingten Einnahmeausfälle können trotz größter Anstrengung nicht ausgeglichen werden. Es zeichnet sich eine deutliche Verschlechterung des Nettoressourcenbedarfs um rund 280.000 Euro ab.

Teilhaushalt 2: Dezernat II – Soziales, Jugend, Integration und Gesundheit**Jugendamt:**

Bei den individuellen Hilfen für junge Menschen und ihre Familien sind aufgrund gestiegener Fallzahlen Mehraufwendungen bei den Transferleistungen in Höhe von rund 1,9 Mio. Euro zu erwarten.

Andererseits wirken sich geringere Personalaufwendungen von ca. 230.000 Euro wiederum positiv auf das aktuelle Budget aus (unbesetzte Stellenanteile und verzögerte Besetzung vakanter Stellen).

Sozialamt:

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden die Mehraufwendungen von ca. 1,0 Mio. Euro durch höhere Ausgleichsleistungen des Bundes weitgehend aufgefangen.

Im Bereich der Hilfe zur Pflege ist aufgrund höherer Fallzahlen und gesteigener Pflegesätze ein deutlicher Mehrbedarf zu verzeichnen (ca. + 1,5 Mio. Euro). Bei weiteren Hilfen nach dem SGB XII ist infolge von etwas niedrigeren Fallzahlen hingegen eine leichte Unterschreitung der Transferaufwendungen zu erwarten (ca. - 250.000 Euro).

Auch bei der Eingliederungshilfe werden die Fälle aufgrund der vom Bundesteilhabegesetz (BTHG) geforderten individuellen Lösungen komplizierter und kostenintensiver, was zu einer Aufwandssteigerung von voraussichtlich 600.000 Euro führen wird.

Zu einem kleinen Teil wird der Mehrbedarf des Fachamtes durch etwas geringere Personalaufwendungen (ca. - 140.000 Euro; bedingt durch Stellenvakanzen) kompensiert.

Teilhaushalt 3: Dezernat III – Ordnung, Umwelt, ländlicher Raum, Infrastruktur**Amt für Ordnung und Verkehr:**

Die beim Landkreis im Einsatz befindlichen mobilen Geschwindigkeitsmessanlagen konnten von März bis September nicht eingesetzt werden, was zu geringeren Bußgeldeinnahmen von rund 400.000 Euro führen wird.

Hintergrund des Ausfalls der Messgeräte war, dass die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) durch umfassende Prüfungen festgestellt hatte, dass diese Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte möglicherweise in sehr speziellen Konstellationen unzulässige Messwertabweichungen ausgeben. Seitens des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg wurde daraufhin dringend empfohlen, die Messgeräte nicht mehr einzusetzen. Inzwischen wurden neue Geräte bestellt.

Straßenbauamt:

Die prognostizierte Ergebnisverschlechterung um rund 350.000 Euro ist überwiegend auf einen Mehrbedarf im Bereich des Winterdienstes zurückzuführen.

Teilhaushalt 5: Allgemeine Finanzwirtschaft

Bei den Schlüsselzuweisungen vom Land sind angesichts der Frühjahrs-Steuerschätzung vom Mai 2021 Mehrerträge in Höhe von rund 1,0 Mio. Euro zu erwarten (höherer Kopfbetrag; mehr Einwohner/innen).

Die Grunderwerbsteuer steigt landesweit im Jahresverlauf bisher um ca. 11,2 % (Stand: 30.06.2021) gegenüber dem Vorjahr. Im Landkreis Freudenstadt kann mit Mehrerträgen in Höhe von ca. 300.000 Euro (+ 5 % gegenüber dem Planansatz) gerechnet werden.

Bei den Zinsaufwendungen ist eine Einsparung von voraussichtlich 165.000 Euro zu erwarten, da die Kreditkonditionen günstiger sind als erwartet und die eingeplanten Kreditaufnahmen bisher nicht in voller Höhe benötigt wurden.
